

Medieninformation

Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Ihre Ansprechpartnerin
Alexandra Kruse

Durchwahl
Telefon +49 351 564 54910
Telefax +49 351 564 54909

pressegi@sms.sachsen.de*

07.03.2019

Rechtsmotivierte Gewalt in Sachsen steigt innerhalb eines Jahres um 38 Prozent

Staatsministerin Petra Köpping: „Rechte und rassistische Gewalt gehören zur Lebensrealität in Sachsen – für die Opfer rechtsmotivierter Gewalt stellen wir ein breites Angebot an professioneller Beratung zur Verfügung“

(Dresden, den 6. März) Gewalt, Drohungen und Einschüchterungsversuche von rechts gehörten auch 2018 in Sachsen zum Alltag. Laut der Statistik, die das Projekt „Opferberatung Support“ des Vereins RAA Sachsen e.V. erstellt hat, ist ein Anstieg von 229 Gewalttaten im Jahr 2017 auf 317 Gewalttaten im Jahr 2018 zu verzeichnen. Das ist ein Anstieg um 38 Prozent. Am deutlichsten fällt der Zuwachs in Chemnitz aus: von 20 auf 79 Gewalttaten. Dies ist in erster Linie im Zusammenhang mit den Ereignissen in Chemnitz im August/September 2018 zu begründen. Ein ebenfalls großer Anstieg ist im Landkreis Nordsachsen zu verzeichnen, die Zahl erhöhte sich von 7 auf 23 Taten.

Dazu die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping: „So bitter es auch ist, in Sachsen gehören rechte und rassistische Gewalt zur Lebensrealität. Es gibt keinen Grund, dies zu beschönigen. Die Kräfte und Strukturen von rechts bedrohen den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, dass die Demokratinnen und Demokraten in Sachsen eng zusammenstehen und sich für ein solidarisches und friedliches Zusammenleben einsetzen. Diese Bemühungen unterstützen wir aktiv mit unserem Demokratie-Zentrum Sachsen, zu dem der Träger die Opferberatung, die RAA Sachsen ebenso zählt, wie die Träger der Mobilen Beratung, der mobilen Schulberatung sowie die Koordinierungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA). Weitere Unterstützung stellen wir mit dem Landesprogramm ‚Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz‘ seit Jahren zur Verfügung.“

Das Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz« (WOS) des Freistaates Sachsen fördert das zivilgesellschaftliche

Hausanschrift:
**Sächsische Staatsministerin für
Gleichstellung und Integration**
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien
3, 7, 8 Haltestelle Carolaplatz

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Engagement für die freiheitlich demokratische Grundordnung. Mit Hilfe des WOS können Projekte für Demokratie und Toleranz im Freistaat finanziell gefördert, beratend begleitet und miteinander vernetzt werden. Schwerpunkt des Programms sind Maßnahmen und Projekte, die im Sinne von Toleranz, Weltoffenheit und einer demokratischen Kultur wirken.

Die Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA) ist ein Vorhaben der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsminister des Innern und dem Sächsischen Staatsminister der Justiz. Die Beratungsstelle bietet Prävention und Intervention im Phänomenbereich islamistischer Radikalisierung. Die KORA bietet Maßnahmen der einzelfallbezogenen Intervention an und hilft Betroffenen islamistischer Radikalisierung und deren Umfeld gemeinsam mit dem Violence Prevention Network und dem Aussteigerprogramm Sachsen.

Die Statistik der „Opferberatung Support“ wurde durch den RAA Sachsen e. V. erstellt und durch die Landeskoordinierungsstelle des Demokratie-Zentrums Sachsen im Geschäftsbereich der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration aus Mitteln des Freistaates Sachsen und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Hinweis: Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten im Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.